

MA/GR

Kairo, 15. Mai 1990

532.2
 512.0
 213.1
 551.62 (Swisspharma)
 141.2
 532.4

BESUCH VON BUNDESRAT J.-P. DELAMURAZ (BRD) IN AEGYPTEN,
12. - 14. MAI 1990

Unterredung
von BRD mit dem ägyptischen Premierminister Atef Sedki
Kairo, 13. Mai 1990

- Themen:
- Uruguay-Runde
 - Umwälzung in Osteuropa und Folgen für den Nord-Süd Dialog
 - Verhandlungen Aegyptens mit dem IWF und der IBRD
 - Entführte IKRK-Delegierte
 - Swisspharma
 - Verhaftete Schweizer Studenten

Gleich zu Beginn kommen (BRD) und (S) auf die Uruguay-Runde des GATT zu sprechen. (BRD) betont die Bedeutung dieser Runde gerade für Länder mittlerer Wirtschaftsgrösse wie Aegypten und die Schweiz. Für die wirtschaftlichen Grossmächte wie die USA oder die EG ist ein positiver Ausgang weniger wichtig. Für die Schweiz zentral ist die Frage des Geistigen Eigentums, in der einige Entwicklungsländer wie z.B. Indien eine sehr harte und negative Position einnehmen. Angesichts der gegenwärtigen "Mondialisation" der Produktion und der verlängerten Forschungs- und Entwicklungsperioden bei verkürzter Vermarktungszeit (Chemie) ist der Schutz des Geistigen Eigentums für die Investitionen von zunehmender Bedeutung.

(S), der beim anwesenden Wirtschaftsminister Yusri Mustafa rückfragt, mag sich erinnern, dass Indien nicht das GATT sondern die WIPO als geeignetes Forum für die Behandlung dieser Fragen betrachtet, da die WIPO im Gegensatz zum GATT über keine Sanktionsmechanismen verfüge.

(S) beklagt sich über die mangelnde Koordination zwischen dem GATT und der Weltbank. Während ersteres mengenmässige Einfuhrbeschränkungen für Entwicklungsländer bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten oder für junge Industrien erlaubt, insistiert die IBRD Aegypten gegenüber auf einen totalen Abbau dieser Beschränkungen und deren Ersetzung durch Zölle.

(BRD) erwähnt die Umwälzungen in Osteuropa. Die wirtschaftliche "Revolution" wird schwieriger und langatmiger sein als die politische. Ein Desinteresse der industrialisierten Länder

- 2 -

des Nordens an der Dritten Welt ist weniger auf der Ebene der politischen Entscheidungsträger als auf derjenigen der Privatwirtschaft eine Gefahr. Was die politischen Verantwortlichen in der Schweiz anbelangt, so zeigt der soeben beantragte 4. Rahmenkredit für die Fortführung der Entwicklungszusammenarbeit den Willen einer beständigen Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt.

(BRD), der soeben bei Staatsminister Butros Butros Ghali gewesen ist, dankt (S) für die wichtige Rolle, die Aegypten in Afrika spielt und betont die Bedeutung der Brückenfunktion des Nillandes.

(S) erwähnt, dass Aegypten über einen speziellen Fonds für Afrika verfügt. Die Mittel sind aber beschränkt.

(S) ist pessimistisch, was Osteuropa anbelangt. Noch ist der Wandel nicht hundertprozentig garantiert. Der polnische Parlamentspräsident, der kürzlich in Kairo weilte, hat ihm von den Schwierigkeiten auf dem Land erzählt und von den grossen Industriebetrieben, die wegen der vielen Kaderänderungen stillstehen. Gorbatschow ist zu schnell vorgegangen, die Radikalen erwachen in der UdSSR.

(BRD) stimmt dieser Analyse bei, wenn er z.B. an Rumänien denkt. Der Sturm der westlichen Privatwirtschaft auf Osteuropa ist z.T. etwas naiv.

(S) erwähnt die Verhandlungen mit den Bretton Woods Institutionen. Die Haltung der Weltbank ist realistischer als diejenige des IWF, der äusserst scharfe (bold) Massnahmen fordert. Das Ziel der Reform ist klar definiert und sollte in ca. 3 Jahren erreicht sein. Der Rhythmus ihrer Implementierung bildet aber nach wie vor einen Zankapfel zwischen dem IWF und Aegypten.

(BRD) hat den Eindruck, der IWF gehe häufig zu schematisch vor. Die Situation jedes Landes ist verschieden. Die sozialen Folgen wirtschaftlicher Massnahmen können unter Umständen deren Resultate zunichte machen. Hohe Zinsen zum Ausgleich der Inflation z.B. behindern die Investitionen. Die ausgezeichneten Länderberichte der OECD helfen (BRD), die Reform der Landwirtschaftspolitik in der Schweiz gezielt an die Hand zu nehmen. Würde die OECD ihm aber ein zu schematisiertes Vorgehen vorschreiben, würde er entrüstet protestieren, weil der schweizerische Fall nicht identisch mit anderen ist.

(S) bemerkt, die OECD hätte wahrscheinlich eine realistischere Haltung als der IWF. Schaalan, der Verantwortliche für die Region im IWF und selbst ägyptischer Herkunft, hätte ihm einmal gesagt, der IWF sei eine technische Organisation, die sich nicht um soziale Probleme kümmere. Interessant sei, dass der IWF in der Frage des Budgetdefizits den USA genau die gleichen Ratschläge gebe wie Aegypten. Der IWF ist z.T. weit von den reellen Problemen entfernt. Ein sudanesischesr Finanz-

- 3 -

minister hätte ihm (S) erzählt, Direktor Camdessus hätte ihm zur Zeit der grossen Ueberschwemmungen in Khartum doziert, jetzt sei der beste Moment für einschneidende wirtschaftliche Massnahmen. Der sudanesischer Finanzminister hätte hierauf das Treffen unterbrochen und hätte den Raum verlassen.

Die ägyptische Regierung hat, so (S), in den letzten Tagen sehr harte Massnahmen in Form von massiven Preissteigerungen ergriffen. Weitere Schritte sind vor Ablauf des Budgetjahres, d.h. vor Ende Juni, geplant. Die Reaktionen der Bevölkerung waren heftig. Die Preissteigerungen werden aber dennoch beibehalten.

(BRD) kommt auf die entführten IKRK-Delegierten zu sprechen, von denen wir bisher nichts gehört haben und die sich wahrscheinlich in der Hand einer marginalen Gruppe befinden. (BRD) hat diese Frage bereits mit Butros Butros Ghali besprochen, wiederholt sie aber jetzt auch (S) gegenüber. (BRD) ersucht die ägyptische Seite, in Damaskus und Tripolis zu intervenieren. (S) wird dies sehr gerne veranlassen. In Teheran kann die ägyptische Seite aus evidenten Gründen nichts ausrichten. Der Libanon ist eine Kalamität und der direkte ägyptische Einfluss im Libanon sehr beschränkt. Aegypten wollte z.B. mit den Franzosen zusammen humanitäre Hilfe (Medikamente) leisten, was am Einspruch Syriens und Irans, welche den Libanon praktisch beherrschen, gescheitert ist.

(BRD) setzt sich im weiteren für Swisspharma ein, welche wegen der staatlichen Preispolitik seit einigen Jahren Verluste erleidet. (S) kennt den Fall sehr gut. Allgemein sind in Aegypten Joint ventures frei in ihrer Produktpreisgestaltung. Der Pharmasektor ist wegen der sozialen Bedeutung die einzige Ausnahme. Bereits sind die Preise für die Pharmaprodukte gehoben worden, die drei ausländischen Firmen (USA, BRD, CH) scheinen aber nicht befriedigt zu sein. Auch im Pharmabereich sollten die Firmen kostendeckende Preise mit einer Gewinnmarge verlangen dürfen. Bis Ende dieses Monats (Mai 1990) wird das Problem zur Zufriedenheit aller gelöst sein. (S) hat selbst die Spezialisten gewählt, die den drei Unternehmen für eine Preisevaluation in die Bücher schauen werden.

(BRD) setzt sich im weiteren für die Schweizer Studenten ein, die nach einer kurzen Verhaftung wegen "religiöser Unruhestiftung" Aegypten nach wie vor nicht verlassen dürfen. Ihr Dossier ist vor zwei Tagen auf (S)'s Schreibtisch gelegen. Nachdem sich (S) von den anwesenden Mitarbeitern hat versichern lassen, dass die drei nichts gegen den Islam unternommen hätten, ruft er den Justizminister an und ordnet ihre freie Ausreise an. (S) betont, wie empfindlich die Leute gegenwärtig in diesen Fragen seien. Die fundamentalistischen Gruppen in Aegypten sind sehr klein aber äusserst gutorganisiert. Die religiöse Intoleranz im Zeitalter der Raumfahrt ist im übrigen ein weltweites Phänomen.



M. Aeschbacher